

Der Bürgermeister

Fachdienst Bauservice
Herr Dieter Rotter, Tel. 171339

TOP: Abbau von Telefonstandorten

Bericht Nr. 040/2014

Produkt: 120 010 020 Bewirtschaftung öffentlicher Flächen, Parkraum, Sondernutzung und Gestattungsverträge

Beratungsfolge

Bau- und Verkehrsausschuss

Behandlung

öffentlich

Sitzungstermine

19.03.2014

Finanzielle Auswirkungen?

ja nein

investiv konsumtiv

Aufwendungen/Auszahlungen

Folgekosten (Afa, Unterhaltung...)

Kostenbeiträge Dritter/Zuwendungen

Sonstige Erträge/Einzahlungen

einmalig

lfd. jährlich

□□□□□

□□□□□

□□□□□

□□□□□

□□□□□

□□□□□

□□□□□

□□□□□

Bemerkung: □□□□□

Haushaltsmittel ausreichend vorhanden?

ja, veranschlagt bei folgendem Konto:

nein, Deckungsvorschlag:

Produkt bzw. Auftrag/Sachkonto/Bezeichnung:

Einmalig: □□□□□/□□□□□/□□□□□

Laufend: □□□□□/□□□□□/□□□□□

gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe

freiwillige Aufgabe

Grundlage: □□□□□

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Bericht:

Die Telekom Deutschland GmbH – Niederlassung Hagen – hat beantragt, insgesamt 24 öffentliche Telefonstellen abbauen zu dürfen. Da es sich dabei um Pflichtstandorte handelt, ist dafür die Erlaubnis der Stadt erforderlich.

Als Begründung führt die Telekom an, dass sich durch die erreichte Vollversorgung mit Telefonanschlüssen im Festnetz und dem Ausbaustand der Mobilfunknetze die Telefoniebedürfnisse der Bürger stark geändert haben. Die Nutzung der öffentlichen Telefonstellen ist seit mehreren Jahren kontinuierlich zurückgegangen.

In Anlehnung an den Infrastrukturauftrag und den damit verbundenen Regelungen gewährleistet die Deutsche Telekom AG in den letzten Jahren die Sicherung der Flächenversorgung.

Um ihren Kunden und den Bürger/innen auch in Zukunft eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit öffentlichen Telefonen anbieten zu können, sei die Telekom jedoch aus wirtschaftlicher Sicht gezwungen, ihre Bestände dem neuen, realen Bedarf anzupassen. Auf Grund der extrem zurückgegangenen Nutzung hat die Deutsche Telekom AG - im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit Zustimmung der Bundesnetzagentur - einen Konsensabbau innerhalb der Selbstverpflichtung geplant.

Die Telekom bittet daher, dem Abbau an den in der Anlage 1 aufgeführten Standorten, an denen die Nutzungsumsätze deutlich unter 50 € jährlich liegen und bei denen offensichtlich kein Bedarf mehr gegeben ist, zuzustimmen. Die verbleibenden 26 Standorte im Stadtgebiet sind ebenfalls in der Anlage 1 dargestellt.

Die Verwaltung beabsichtigt, der Argumentation der Telekom zu folgen und dem geplanten Abbau der Telefonstellen zuzustimmen.

Lüdenscheid, den 26.02.2014

Im Auftrag:

gez.

Martin Bärwolf

Anlage:

Gesamtliste der öffentlichen Telefonstellen im Stadtgebiet Lüdenscheid